

CDU lenkt bei Dorfladen-Streit ein

Aber keine Wohnung für SiT im Obergeschoss des Alten Rathauses

HOFHEIM – Im Streit über den Wildsächser Dorfladen scheint sich ein Ende abzuzeichnen. Denn die CDU hat dem Projekt jetzt im Haupt- und Finanzausschuss mit der Auflage grünes Licht gegeben, dass die Wohnung im Obergeschoss nur gewerblich genutzt werden darf. Damit dürfte die von Bürgermeisterin Gisela Stang Ende November vorgestellte Planung, nach der diese Wohnung von den im Dorfladen arbeitenden SiT-Mitarbeitern genutzt werden sollte, vom Tisch sein. Denn üblicherweise werden die Empfehlungen der Ausschüsse in der Stadtverordnetenversammlung, die am Mittwoch tagt, auch dementsprechend bei den Beschlüssen berücksichtigt.

Man sei nie gegen die Nutzung des Alten Rathauses als Dorfladen gewesen, betonte jetzt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Rudolf Sonner (CDU), der Mitte Dezember den Eingemeindungsvertrag völlig unerwartet gegen die Magistrats-Vorlage angeführt hatte. Aber insbesondere sei bei den Alt-Wildsächsern nicht gut angekommen, dass im ersten Stock eine Wohnung mit Kinderzimmer und Elternschlafzimmer eingeplant gewesen sei. Widerstand habe es nur wegen der Wohnung gegeben, weil sich deswegen Befürchtungen aller Art aufgetan hätten, betonte der Christdemokrat.

Nach den Vorstellungen der CDU könnten die Räumlichkeiten an einen Heilpraktiker, Steuerberater oder ähnliches vermietet werden. Außerdem könnte die Außenstelle integriert werden. Auf jeden Fall sei der Grenzänderungsvertrag einzuhalten, sagte Sonner. "Entweder ist er geltendes Recht - dann kann man da nicht drüber weg gehen - oder er wird geändert." FWG-Mann Dr. Rudolf Oehl wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Grenzänderungsverträge abgeändert werden könnten, wenn der Ortsbeirat damit einverstanden sei. Und Stadtrat Wolfgang Winckler fügte hinzu, dass Verträge mit 30-jähriger Laufzeit gekündigt werden könnten. Das betreffe Diedenbergen, Lorsbach und Langenhain. Wildsachsen und Wallau seien dagegen erst 1977 eingemeindet worden. Bürgermeisterin Gisela Stang betonte dagegen, dass der Ortsbeirat Wildsachsen über die Diskussion auf "Stammtisch-Niveau" schockiert sei. Denn schon jetzt seien die vermieteten Garagen des Alten Rathauses nicht von öffentlichem Interesse. Außerdem äußerte sie die Befürchtung, dass die veranschlagten Mittel nun nicht mehr ausreichen würden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Werner Wittchen forderte von der CDU, dass sie die "Dinge doch beim Namen nennen solle". Denn wenn die Wohnung an einen Busunternehmer vermietet worden wäre, hätte das keinen Menschen gestört. Augenscheinlich habe man die Wohnung nicht an die Mitarbeiter der SiT, die den Laden betreiben sollen, vermieten wollen.